



DIENSTPOSTENBEWERTUNG

„Zeit für Veränderungen ist günstig!“

Personalreferent im Innenministerium, Jürgen Anhalt, informierte über Hintergründe für Reform der Dienstpostenbewertung – von Thomas Gründemann

Kiel/tgr – Das Thema sorgt derzeit für Unruhe und Diskussionen in der Landespolizei. Die geplanten Veränderungen bei Dienstpostenbewertungen waren deshalb auch Gegenstand einer Informations- und Diskussionsveranstaltung, die vom Bund deutscher Kriminalbeamter (BdK) gemeinsam mit der Landes-GdP im Bürgerhaus in Kronshagen angeboten worden war. Zu der fast zweistündigen Veranstaltung hatten sich rund 100 interessierte Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei eingefunden. Sie fühlten Jürgen Anhalt, dem Personalreferenten der Landespolizei und Verantwortlichen für die Dienstpostenbewertung, mit einem bunten Strauß an Fragen auf den Zahn. Um es vorwegzunehmen: Mit fast stoischer Gelassenheit nahm der Leitende Polizeidirektor „Druck vom Kessel“ und beantwortete geduldig und verständlich auch kritischste Fragen.

Eine Dreiviertelstunde erläuterte der Leitende Polizeidirektor Hintergründe der beabsichtigten Reform der Dienstpostenbewertung, beschrieb detailliert die absehbaren Veränderungen in der Dienstpostenlandschaft und deren Folgen. Dabei erinnerte Anhalt an die Anfänge der 1999 eingeführten und seither nach Schutz- (Wasserschutz) und Kriminalpolizei getrennten Dienstpostenbewertung, die im Jahr 2011 auch um den Bereich der Allgemeinen Dienste ergänzt worden war.

Die bisherige getrennte Bewertung helfe nicht, Dienstposten bei gemeinsamer Aufgabenbewältigung, zum Beispiel bei Gemeinsamen Ermittlungsdiensten, einheitlich zu bewerten. Ein weiterer Grund für eine Modifizierung des Dienstpostensystems sei die Rechtsprechung. Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts mache die Änderungen notwendig, erläuterte Anhalt. „Deshalb ist jetzt ist der beste Zeitpunkt für Änderungen“, warb Jürgen Anhalt. Dafür seien einheitliche und damit gerechte Kriterien notwendig.

„Unsere Philosophie ist, dass es durch die Rechtsprechung gedeckt ist, zwei Ämter in einem Dienstposten zu durchlaufen“, sagte Anhalt. Eine derart „leichte Bündelung“ müsse in der Landespolizei erhalten werden.

Im Ergebnis würden mindestens 95 Prozent aller bisherigen Dienstposten unberührt und damit gleich bewertet bleiben. Bei den restlichen fünf Prozent würden die Bewertungen sogar zu mehr Hebungen als Senkungen führen.

Anhalt zeigte auch deutlich die Grenzen auf: „Wir können allerdings mit der Dienstpostenbewertung nicht den Haushalt beeinflussen“. Die Grenzziehungen der Kategorien folgten den Haushaltsmöglichkeiten. Über das Haushaltsgesetz hinaus bestehe kein Spielraum, so Jürgen Anhalt.

Zur Erleichterung vieler Kolleginnen und Kollegen unterstrich Anhalt auch auf wiederholte Nachfragen, dass die Bewertung für die derzeit bestehenden

Dienstposteninhaber über einen Bestandsschutz erhalten bleibe.

Auch sei das letzte Wort noch nicht gesprochen. Die eingegangenen Stellungnahmen zur Systematik würden noch weiter ausgewertet und kommissionsintern beraten werden. Schon bei der ersten Sichtung seien gute Hinweise gegeben worden, die auch zur Modifizierung führen dürften.

Die bisherigen Stellungnahmen bestätigten aber, dass die Systematik mit den vorgesehenen Änderungen im Wesentlichen akzeptiert werde. Nun würde eine

Plausibilitätsprüfung erfolgen. Er sei sicher, dass dann ein plausibles und weiterhin stabiles Dienstpostenbewertungssystem zur Verfügung stehe.

„Erst wenn die Systematik steht, werden wir uns auch der Stellungnahmen zu den Einzeldienstposten annehmen“, erklärte Anhalt den weiteren Fortgang.

Folgen würden die Veränderungen vor allem für die künftigen Absolventen an der FHVD haben. So würden künftig nach Studienende auch Beamtinnen und Beamten der Kriminalpolizei auf G-Dienstposten versetzt werden und damit nicht mehr wie bisher direkt auf Dienstposten der Kategorie F. So werde



Oliver Malchow (l.) und Jürgen Anhalt tauschten sich vor der Informationsveranstaltung aus. Foto: Thomas Gründemann

die bislang lediglich bei der Kriminalpolizei bestehende Dreierbündelung (A 9 bis A 11) ein Ende finden. Diese Regelung gelte aber erst für Beamtinnen und Beamte, die im August 2013 ihr Studium beenden würden. „Insgesamt bleiben aber die bisherigen Karriereperspektiven bestehen“, bemühte sich Anhalt Kritiker zu beruhigen. Dabei wies er darauf hin, dass ein Statistikvergleich der Stehzeiten bei Beförderungen zu Kriminal- und Polizeihauptkommissaren aus den vergangenen

Fortsetzung auf Seite 2



DIENSTPOSTENBEWERTUNG

Fortsetzung von Seite 1

fünf Jahren gezeigt habe, dass die Wartezeiten in beiden Bereichen mit elfeinhalb Jahren identisch seien. Daran werde deutlich, dass die Direktbesetzung von Kriminalbeamtinnen und -beamten nach Ende des Studiums auf F-Dienstposten auch bislang keinen Karrierevorteil verschafft habe.

Führungsfunktionen der Kategorie F würden auch künftig ausgeschrieben und nach Bestenauslese besetzt. Ansonsten sei vorgesehen, darüber hinaus weitere F-Dienstposten über ein anderes Modell ohne großen Verwaltungsaufwand zur Verfügung zu stellen. So würden Beamtinnen und Beamten nach einer gewissen Zeit von etwa zwei Jahren nach einer Anhebung in die Besoldungsgruppe A 10 über eine geänderte und damit höherwertige Aufgabenübertragung auf einem F-Dienstposten eingewiesen, und dies unabhängig vom Laufbahnzweig.

Die Zahl der tatsächlichen Maßnahmen, die sich aus der veränderten Dienstpostenbewertung ergeben würden, sei überschaubar. In Abstimmung mit den Personalvertretungen würden für diese Fälle „die richtigen Lösungen“ gefunden. Der Zeitpunkt für entsprechende Veränderungen sei vor allem auch mit Blick auf die Personalfluktuation in den kommenden Jahren günstig. Dabei verwies der Personalreferent auf die zu erwartenden „enorm hohen Ruhestandszahlen“.

„Es ist an der Zeit, die Dienstpostenbewertung zu verändern. Wir müssen uns jetzt für die kommenden Jahre aufstellen“, warb Jürgen Anhalt für seine Reformpläne. Er hoffe, die geplanten Veränderungen bei der Dienstpostenbewertung „ohne Verlierer“ ab August dieses Jahres realisieren zu können.

Auf Nachfragen wies der Personalreferent auch auf die Gefahren für den Fall hin, dass die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts bezogen auf die „unrechtmäßige Dreier-Bündelung“ ohne Reaktionen der Landespolizei bliebe. „Dann können wir Personalmaßnahmen nicht mehr rechtssicher durchführen mit der Folge, dass auch komplette Beförderungsrunden gekippt werden könnten“, hielt er den Diskussionsteilnehmern vor Augen. Die Rechtsprechung fordere wie im BAT eine genaue Zuordnung von Dienstposten und Bezahlung. Die „Zweier-Bündelung sei wegen der besonderen Aufgabenwahrnehmung bei der Polizei indes noch zu halten, erklärte Anhalt.

Und auch der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow zeigte sich beeindruckt und erleichtert von den Ausführungen

Anhalts. Vor allem, dass die von der GdP tags zuvor in einem Flugblatt mit Skepsis betrachteten Veränderungen bei den Reihungen inzwischen korrigiert worden seien, fand die Zustimmung Malchows.

Und auch, dass die vom Vorsitzenden des Hauptpersonalrates der Polizei, Andreas Kropius, in die Dienstpostenbewertungskommission eingebrachten Gedanken zur Sicherung und Fortschreibung der Wertigkeit polizeilicher Arbeit durch geringen Verwaltungsaufwand unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Rechtsprechung einbezogen worden sind, hob Malchow positiv heraus. „Wenn die Aussagen des Personalreferenten umgesetzt werden, haben wir systemisch einen Schritt nach vorne gemacht. Die Berücksichtigung der Wertigkeit der Arbeit ist damit gesichert“, konstatierte Oliver Malchow zufrieden. Im Ergebnis würden Dienstposten der Kategorie F auch in der Sachbearbeitung der Kripo sowie im Streifendienst der Schutzpolizei möglich sein.

Anzeige

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 4/2013:
Montag, 4. März 2013



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:
Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

Ostsee-Therme Scharbeutz
Baden, Sauna, Fitness zu GdP-Sonderтарifen **Einmalig!**
Öffnungszeiten: täglich 9 – 23 Uhr
Das Angebot auf einen Blick
Erlebnisbecken, Tropenlandschaft, Wasserkano-
nen, Grotte, Strömungskreisel, Kinderwelt, Un-
terwasserkamera, Hot-Whirlpools, Saunaparadies
mit Strandzugang, Vital-Salzwasserbecken, Dach-
terrasse, 310 m Rutschvergnügen, Ruheoasen,
Sonnenwiese, Solarien, Sportstudio, Massage,
Bar und Restaurants, Tauchsportzentrum
GdP-Preise
Tages-Karte Erwachsene 17,00 € (statt 20 €)
Tages-Karte Kinder 10,00 € (statt 12 €)
Tages-Karte Familie 39,50 € (statt 43 €)
PSW-Reisen, 0431-17093 oder 0451-5021736

REGIONALGRUPPENTERMINE

Einladung!

Lauenburg-Stormarn
**Jahreshauptversammlung am Mon-
tag, 15. April 2013, 13.00 Uhr, Sandes-
neben.** Innenminister Andreas Breitter
hat seine Teilnahme zugesagt.

Schleswig-Flensburg
Herzliche Einladung an ALLE **GdP-
Senioren Schleswig-Flensburg** zu **Klön-
schnack bei Kaffee und Kuchen am Don-
nerstag, 21. März 2013, 16.00 Uhr,**
„Delfter Stuben“, Fördestraße 57, Flens-
burg, Tel.: 04 61-31 14 64. Anmeldungen
bit-te an Günter Krappitz, Tel. 04 61-

3 63 66, Telefax: 04 61-31 09 36 oder
E-Mail: christ1@foni.net.

Schleswig-Holstein Mitte
– Seniorengruppe Neumünster –
**Vierteljahrestreffen mit Kaffee und
Kuchen der Seniorinnen und Senioren
am Mittwoch, 20. März 2013, 14.30
Uhr,** Restaurant & Café **Friesenstube** (im
Haus Hog'n Dor) **Klaus-Groth-Straße 37,**
Neumünster. Anmeldungen bitte unbe-
dingt bis 17. März 2013 bei Lisa Grütz-
mann, Tel.: 0 43 21-2 25 16.



POLIZEINACHWUCHS

Freuen uns auf unseren Beruf

135 Polizeimeisterinnen und -meister erhielten Ernennungsurkunde

LÜBECK-TRAVEMÜNDE/tgr – Zweieinhalb Jahre mussten sie durchhalten und haben diesen Moment herbeigesehnt. Ende Januar wurden 135 Auszubildende der Landespolizei in einer Feierstunde im großen Saal des Maritim-Strandhotels endlich erlöst. Die jungen Nachwuchspolizistinnen und -polizisten erhielten ihre Ernennungsurkunde zu Polizeimeisterinnen und Polizeimeistern. Damit fand die anstrengende Ausbildungszeit für die 47 jungen Frauen und 88 Männer in Uniform ein gutes Ende und mit dem von der Polizei-Big-Band musikalisch begleiteten Festakt einen würdigen Abschluss. Zahlreiche Führungskräfte aus ganz Schleswig-Holstein mit Jörg Muhlack, dem Leiter der Polizeiabteilung im Innenministerium, und Landespolizeidirektor Burkhard Hamm an der Spitze wohnten der Feierstunde bei. Sie bekamen damit auch ihre neuen Einsatzkräfte zu Gesicht, denn die frischgebackenen Polizeimeisterinnen und -meister werden ab Februar dem praktischen Polizeivollzugsdienst zur Verfügung stehen.

Jörg Muhlack überbrachte die Glückwünsche von Innenminister Andreas Breitner und gratulierte dem Polizeinachwuchs zur Berufswahl und zum erfolgreichen Abschluss. In seiner Festrede hob der Ministerialdirigent die Qualität der Aus-

ten ihre zweieinhalbjährige Ausbildungszeit Revue passieren lassen. Zur Ausbildung gehörte auch ein halbjähriges Berufspraktikum, in dem die Nachwuchskräfte erste Eindrücke von dem gewinnen konnten, was im polizeilichen Berufsleben auf sie zukommen würde. Dabei hätten sie auch die Schattenseiten des Polizeidienstes kennengelernt. Dennoch war die Botschaft der jungen Uniformträger deutlich: „Wir freuen uns auf unseren Beruf“, verkündete Kniejski. Und den Dank an ihre Ausbilder hatten die jungen Frauen und Männer des gesamten Ausbildungsjahrgangs auf einem über der Bühne befestigten und damit für alle Festaktbesucher gut sichtbaren großen Transparent zum Ausdruck gebracht.

Die 23-jährige Katharina Kniejski gehörte dann auch zu den 15 Besten des Einstellungsjahrgangs, die ihre Ausbildung mit der Note „gut“ abgeschlossen. Für ihre Leistungen wurden sie von Burkhard Hamm und Jürgen Funk, dem Leiter der Polizeidirektion für Aus- und Fortbildung, mit einem Buchpräsent ausgezeichnet.

Herausragend war dabei Markus Müller, der mit 12,24 Punkten als Nummer eins die Ausbildung abschloss. Ihm folgten Sarah-Lena Heisch (11,73), Christin Adler (11,62), Tim Hellberg (11,53), Katharina Kniejski (11,51), Phillip Johannsen (11,49), Saskia



Markus Müller (r.) nahm die Auszeichnung als Lehrgangsbester entgegen. Landespolizeidirektor Burkhard Hamm (l.) und der Leiter der PD AFB, Jürgen Funk, beglückwünschten Müller.

Schultz (11,37), Jens Zeidler (11,23), Dorin Zeller (11,23), Stephanie Schostock (11,20), Johanna Riedel (11,19), Susann Porm (11,05), Christian Funke (11,03), Maik-René Göpfert (11,03) und Arthur Wiederkehr (11,02). Der Durchschnittswert des gesamten Jahrgangs lag bei 8,93 Punkten. Nur sechs Prozent der im August 2010 gestarteten Polizeimeisteranwärterinnen und -anwärter hätten vorzeitig ihre



Katharina Kniejski sorgte mit ihrem Rückblick auf die zweieinhalbjährige Ausbildungszeit für Heiterkeit.

bildung in der Landespolizei hervor, mit der der Nachwuchs in vielfältiger Weise angemessen auf die gestiegenen Gefahren und Belastungen seines Berufes vorbereitet würde.

Für Heiterkeit sorgte die Eutinerin Katharina Kniejski, die mit vielen Anekdo-



Sie schlossen als Jahrgangsbeste die Ausbildung mit der Note „gut“ ab (v. l.): Arthur Wiederkehr, Stephanie Schostock, Maik-René Göpfert, Johanna Riedel, Dorin Zeller, Christian Funke (verdeckt), Susann Porm, Saskia Schultz, Jens Zeidler, Katharina Kniejski, Phillip Johannsen, Christin Adler, Tim Hellberg, Sarah-Lena Heisch und Markus Müller.
Fotos (3): Thomas Gründemann

Ausbildung beendet. Das sei die geringste Quote seit Jahren, berichtete Arne Dunka, der Leiter der Fachinspektion Ausbildung, erfreut.

Thomas Gründemann



Weniger Waffen – aber immer wieder Verstöße

KIEL. Das Jagdgewehr hängt an der Garderobe, die Munition liegt griffbereit auf der Küchenfensterbank: Fälle, die für die Mitarbeiter der Ordnungsbehörden der Städte und Kreise in Schleswig-Holstein keine Seltenheit sind. „Bei einer Kontrolle haben wir sogar einen Revolver auf dem Fußboden hinter der Schlafzimmertür gefunden – geladen“, sagt Malte Asmussen, Leiter der Abteilung Allgemeine Ordnungsangelegenheiten beim Kreis Schleswig-Flensburg.

Alarmierende Fahrlässigkeiten, die nach dem Amoklauf von Winnenden im März 2009 kaum vorstellbar sind. Als Folge des Blutbads wurde das Waffengesetz in Deutschland verschärft, die gesetzlichen Vorgaben sind streng: Pistolen und Gewehre sind seitdem in zertifizierten Waffenschränken aufzubewahren; ihre Besitzer müssen auch ohne berechtigten Verdacht Kontrollen erlauben. Und doch registrieren die dafür zuständigen Ordnungsämter regelmäßig Verstöße gegen die Bestimmungen. Etwa in Ostholstein: Rund 250 der knapp 5000 Inhaber einer Waffenbesitzkarte wurden dort im vergangenen Jahr überprüft. Das Ergebnis: 115 Anzeigen wegen Ordnungswidrigkeiten; in 13 Fällen gab es sogar eine Strafanzeige, weil der Halter gegen das Waffengesetz verstoßen hatte. Und das, obwohl die Kontrolleure sich vorher angemeldet hatten.

Uneinheitliche Kontrollen

Auf welche Art und wie häufig kontrolliert wird, regeln die Ordnungsämter im Land ganz unterschiedlich. Sie allein führen auch die Statistik über die Hausbesuche, die sie registrierten Waffeninhabern abstatten. Dem Innenministerium liegen diese Zahlen nach eigenen Angaben nicht vor.

„Wir kommen unangemeldet“, sagt etwa Malte Asmussen, nennt jedoch keine Zahl der Hausbesuche. „Angemeldete Kontrollen machen unserer Meinung nach keinen Sinn.“ Das sieht der Chef der Kieler Ordnungsbehörde anders. Manfred Rotzolls Kollegen verabreden grundsätzlich einen Termin. Etwa 200 absolvieren sie pro Jahr. Im Zuge einer „ersten Basiskontrolle“, die bereits im

vierten Jahr läuft und Ende 2013 beendet sein soll, werden sämtliche 1710 Waffenbesitzer der Landeshauptstadt abgeklappert. Um den Datenbestand der Behörde auf den aktuellen Stand zu bringen und die Aufbewahrung zu überprüfen. Bei letzterer hapert es in 40 Prozent der Fälle. „Das ist eine hohe Quote“, räumt Rotzoll ein, „aber wir sind auf dem bestem Wege“. Angemeldete Kontrollen seien ein Fortschritt gegenüber gar keinen Kontrollen, sagt er. „Wir wollen die Leute ja auch antreffen, und sie gedanklich auf den richtigen Weg bringen.“ Kiel sei mit seiner „systematischen, flächendeckenden Vorortüberprüfung“ einer „freiwilligen Maßnahme“ seiner Behörde in Schleswig-Holstein am weitesten fortgeschritten, betont Rotzoll. „Unser Ziel ist, Waffen zu reduzieren. Und das erreichen wir so.“

Abrüstung

Tatsächlich ist die Zahl der erlaubnispflichtigen Waffen seit 2009 stark zurückgegangen (siehe Grafik). Im Kreis Rendsburg-Eckernförde sogar um mehr als die Hälfte: Nannten damals noch 10 700 Bewohner zusammen rund 33 000 Schießeisen ihr eigen – drei Waffen pro Kopf – sind es aktuell nur noch 14 387, verteilt auf 8000 Besitzer. „Die neuen, schärferen Bestimmungen haben massiv zum Abbau der Waffen beigetragen“, stellt Manfred Marschall, Leiter des Ordnungsamts in Rendsburg, fest.

Auch im Kreis Rendsburg-Eckernförde werden Waffenbesitzer zurzeit überprüft, allerdings auf schriftlichem Wege. „Wir belehren sie per Brief über die Aufbewahrungsbestimmungen, fordern Fotos und Belege an, die zeigen, dass die Waffen korrekt verwahrt sind.“ Die Fol-

ge: Ein Großteil von Waffen, die zum Teil seit Jahren oder Jahrzehnten auf Dachböden oder in Abstellkammern gelagert worden seien, würden von den „Alt-Besitzern“ abgegeben oder beim Büchsenmacher unbrauchbar gemacht. Relativ wertlose Waffen, für die sich die Anschaffung eines teuren Spezialschranks nicht lohne, erklärt Marschall. „Auf diese Weise reduzieren wir die Zahl der Waffenbesitzer auf diejenigen Personen, die ein ‚waffenrechtlich relevantes Bedürfnis‘ nachweisen.“ Das heißt: Jäger, Sportschützen und Sammler.

Kontrollen stagnieren

Eine schriftliche Aufforderung, die ordentliche Aufbewahrung nachzuweisen, und „bei Bedarf“ – wenn der Angeschriebene nicht reagiert oder es Zweifel an der Echtheit der Nachweise gibt – ein Nachfassen vor Ort: So praktizieren es fast alle Kreise.

Echte Kontrollen finden dagegen überwiegend „anlassbezogen“ statt. Im Bereich von Manfred Marschall und sei-

Waffenbesitzer in Schleswig-Holstein

Kreis*	Bevölkerung	Waffenbesitzer 2009	Waffenbesitzer 2012	Waffen 2012
Rendsburg-Eckernförde	271.000	10.727	7986	14.387
Ostholstein	204.014	6197	4890	16.569
Plön	134.671	4211	4017	12.941
Dithmarschen	133.915	4300	4000	14.500
Herzogtum Lauenburg	187.409	5705	4726	23.938
Schleswig-Flensburg	197.012	5127	4343	19.005
Nordfriesland	166.000	4473	3416	14.677
Segeberg	260.445	7400	6384	21.579
Steinburg	132.162	3370	2608	12.597
Pinneberg	305.701	6000	4500	14.900
Kiel	239.320	3485	1710	12.917
Lübeck	213.368	2760	1663	6026
Neumünster	78.000	913	664	2332
Summe	2.523.017	64.668	50.907	186.368

*Vom Flensburg und Stormarn lagern aus keine Daten vor. – Quelle: Ordnungsämter, Recherche: Anja Becker shzz-Grafik, Lentz



nen Kollegen „im Schnitt einmal im Monat“. Sechs (unangemeldete) Hausbesuche waren es vergangenes Jahr im Kreis Steinburg (2608 Waffenbesitzer).

Dass seit der Verschärfung des Waffengesetzes mehr kontrolliert wird, können die Behörden nicht behaupten: Sie

Fortsetzung auf Seite 5



GLÜCKWÜNSCHE**Wir gratulieren****zur Beförderung****zum Kriminaloberkommissar**

Matthias Wendt, RG Schleswig-Flensburg

zum/zur Polizeioberkommissar/-in

Nadine Träger, RG AFB; Susanne Har-der, Jan Knaak, Isabella Schröter, RG Lübeck-Ostholstein; Marc Bury, Hans-Werner Krüger, Marcus Möller, Timo Pfeiffenberger, KG Schleswig-Flensburg

zum Kriminalkommissar

Volker Hilgert, Dirk Pohlmeier, RG Lauenburg-Stormarn; Jörn Reichel, RG Schleswig-Flensburg

zum/zur Polizeikommissar/-in

Bernd-Erich Schulz-Christen, RG AFB; Peter Czech, Thomas Eberlein, Bernd-Günter Telm, RG Lauenburg-Stormarn; Roland Burkl, Ulrike Görtz, Klaus Hackbarth, Torsten Hauptrock, Jürgen Koglin, Karl-Heinz Schubert, Henning Schulze, Claudia Struck, RG Lübeck-Osthol-

stein; Bernd Busch, Rüdiger Petersen, RG Nordfriesland; Michael Omilian, RG Schleswig-Flensburg; Wolfgang Jes- sen, Jürgen Kiel, Ingo Kraack, Jan Las- sen, Thomas Schmidt-Vollgraf, RG Schleswig-Holstein Mitte; Andreas Kro- pius, Kay-Uwe Todt, RG Steinburg- Dithmarschen

zum Amtsinspektor m. Zulage

Sigurd Kramp, RG Lübeck-Ostholstein

zum/zur Polizeihauptmeister/-in

Yvonne Barth, Sven Burmeister, Moni- que Kost, Andreas Luth, Benjamin Rid- ders, Christiane Rusch, Sebastian Thiel, Katrin Wendt, RG AFB; Jan Frost, RG Lübeck-Ostholstein; Roland Böh, Da- niel Ivers, Kristina Ramm, RG Schles- wig-Flensburg

zur Höhergruppierung in die Entgeltgruppe 11

Synje Schreiber, RG Kiel-Plön

zum/zur Polizeiobermeister/-in

Martin Brieger, Jan Göben, Timo Kroll, Christian Krups, Johannes Müller, Simon Scherbarth, RG AFB; Sarah Cordes, Andreas Hänisch, Felix Koßow, Andreas Meyer, Torben Neller, Jan Philip Rockel, Constanze Stölk, Henning Wolff, RG Lübeck-Ost- holstein; Sina Elter, Ines Haring-Dahl, Matthias Lange, Heiko Will, RG Schles- wig-Flensburg

zur bestandenen Laufbahnprüfung und Ernennung zum/zur Justizobersekretär/-in

Marcus Berg, Stefan Lewandowski, Jan-Paul Metesch, Michaela Ragge, Markus Stahl, Maike Wisotzki, RG Justizvollzug

zum/zur Polizeimeister/-in

Christin Adler, Janina Aledo Laß, Paul Altmann, Janina Anders, Mark Oliver Baade, Hendryk Barth, Benjamin Beck- er, Stefan Berger, Dennis Bock, Torben Brand, Tom Bruhn, Kathrin Delfs, Lisa Dettke, Eric Dieckmann, Jennifer Doretz, Lidia Drozdowicz, Janine Feldmann, Fre- derik Fey, Nico Führböter, Christian Fun- ke, Linde Gadewoltz, Phil Göhlert, Maik- René Göpfert, Kjell Gonda, Marco Grün- wald, Matthias Hacker, Tim Hellberg, Ja- kob Hemke, Christian Holze, Phillip Jo- hannsen, Tim-Niklas Jocham, Kristin Kahlund, Kristina Karklinat, Liza Kems-

ki, Christian Kerner, Manuel Kiß, Christo- pher Klatt, Katharina Kniejski, André Kobert, Danny Kratzien, Jeanette- Yvonne Kremer, Benjamin Kühl, Verena Leibner, Matthias Lewan- dowski, Sina Lorenzen, Edwin Lucas, Jan Masannek, Tom Metzner, Marc Mro- zewski, Hajo Neimög, Christin Nickel, Björn Nienkerk, Ann-Cathrin Nitz, Lasse Petersen, Patrick Pfeffer, Björn Rohde, Marleen Rohdewohld-Wieben, Pascal Ruhstrat, Lasse Sarau, Jonathan Schacht, Robert Scheffer, Lena Schmoltdt, Saskia Schultz, Ronny Schulz, Alexander Sell, Farina Spiechowicz-Böhm, Alexander Steffen, Jonas Simon Stritzke, Hendrik Tagge, Robin Tetau, Noreen Trueson, Ja- queline Ursic, Svenja Voß, Jérôme War- denga, Elisabeth Weber, Arthur Wieder- kehr, Katja Wiese, Jessica Will, Ricardo Withohn, Jens Zeidler, RG AFB

zum 40-jährigen Dienstjubiläum

Karl-Heinz Rademski, RG Schleswig- Holstein Mitte

zum 25-jährigen Dienstjubiläum

Britta Voß, RG Kiel-Plön; Martina Mel- ler, Kristiane Nimz, Daniela Westphal, RG Schleswig-Holstein Mitte

zur Vermählung

Melanie Wernicke, RG Kiel-Plön, und Ehemann Ron Sander, RG Schleswig- Holstein Mitte; Markus Indorf und Ehe- frau, RG Schleswig-Holstein Mitte

In den Ruhestand traten

Hans-Georg Bigalski, RG Steinburg- Dithmarschen

Wir bitten alle Kolleginnen und Kol- legen um Verständnis, dass wir nur dieje- nigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Re- gionalgruppe genannt wurden.

Fortsetzung von Seite 4

melden konstante oder sogar sinkende Zahlen. Ein Grund sei die zusätzliche Ar- beitsbelastung durch die Einführung des Nationalen Waffenregisters (siehe Info- kasten), sagt Marc Trampe, Sprecher der Pinneberger Verwaltung. „Die Kollegen sind völlig überlastet“, bringt es sein Plö- ner Kollege Björn Demmin auf den Punkt. Dort führt das Ordnungsamt ne- ben nicht näher bezifferten Anlasskon- trollen „in der Regel zwei Routinekon- trollen pro Jahr“ durch.

Mehr Gewalt

„Zu wenig“, findet Karl-Hermann Rehr, Geschäftsführer der Polizeige- werkschaft Schleswig-Holstein. Er ist überzeugt: Die Gefahr, insbesondere für Polizisten, durch Schusswaffen verletzt oder gar getötet zu werden, wächst – trotz der sinkenden Zahl derer, die legal im Besitz von Waffen sind.

„Die Gewalt in der Gesellschaft nimmt zu und die Hemmschwellen werden im- mer niedriger. „Die Kontrollen müssen besser werden“, fordert er darum.

Aus „Schleswig-Holstein am Sonntag“, vom 27. 1. 2013. Julia Boecker



Ulrich Lorenz

Das erste Mal lief mir Ulrich Lorenz über den Weg, als er in der Staatskanzlei bei Heide Simonis Zuständigkeiten für das Dienstrecht hatte. Mit der Landesregierung war damals ein regelmäßiger Dialog verabredet, mit den anstehenden Veränderungen für die Landesverwaltung rechtzeitig erörtert werden sollen. Schon damals fielen sein strukturiertes Denken, seine große Sachlichkeit und sein fundiertes Wissen auf. Der Sohn eines Hamburger Revierführers war zuvor in der Hamburger Senatsverwaltung als Büroleiter des dortigen Innensenators tätig. 1989 wechselte er in die Staatskanzlei nach Kiel.

Klaus Buß wurde 1998 durch die Ministerpräsidentin zum Landwirtschaftsminister berufen. Dabei nahm er Ulrich Lorenz aus der Staatskanzlei mit in das Haus an der Förde. Lorenz diente ihm hier als Abteilungsleiter sowie Stellvertreter des Staatssekretärs.

Nach der Landtagswahl 2000 schied Ekkehardt Wienholtz als Innenminister aus. Simonis berief nun Klaus Buß. Er nahm Ulrich Lorenz mit in das Innenressort. Lorenz wurde Staatssekre-



Ulrich Lorenz Archiv-Foto: Gründemann

tär. Bis 2009 die große Koalition zerbrach, übte er dieses Amt mit großem Respekt aus. Politische Weggefährten, Freunde und Gegner bescheinigten ihm eine hervorragende Amtsführung.

Klaus Buß hielt Ulrich Lorenz für den „loyalsten Mitarbeiter“, den er je gehabt habe. Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Nord: „Ulrich Lorenz war ein ‚preußischer Beamter‘ im besten Sinne, unabhängig, aufrichtig, gradlinig. Sein Wirken gegen Obrigkeitsstaatlichkeit, für Mitbestimmung, Integration und Bürgerbeteiligung hat das Land zum Besseren verändert.“ Der GdP-Landesvorsitzende Oliver Malchow erinnert sich bei dem 58-Jährigen an seine feinsinnige und auf Ausgleich bedachte Art. „Für die GdP hatte Ulrich Lorenz immer ein offenes Ohr, war verlässlich und verantwortungsbewusst. Mir hat sein freundschaftlicher Umgang gut gefallen.“

Die Witwe hatte sich statt freundlich zugedachter Blumen eine Spende zugunsten des Hilfs- und Unterstützungsfonds gewünscht. Das zeigt, wie verbunden Ulrich Lorenz mit der Polizei war.

Bei Redaktionsschluss sind die Umstände seines frühen Todes noch nicht bekannt. Das macht das Ganze doppelt traurig.

Karl-Hermann Rehr

ORGANISATION

Karl Trunzer geehrt

Eine besondere Ehre erhielt Karl Trunzer am 28. Januar 2013. Der Lübecker erhielt für seine jahrzehntelange Gewerkschaftstreue hohen Besuch. Trunzer, 1943 geboren, war bis zu seinem Ausscheiden in verschiedenen Funktionen bei der Landespolizei in Lübeck beschäftigt. Der gelernte Eisen- und Gießereiformer kam 1970 nach einer Stellenausschreibung in die damalige Polizeidirektion Schleswig-Holstein Süd.

Seit Beginn seines Berufslebens hat er sich für die Gewerkschaften engagiert: Zuerst war es die IG Chemie. Hier ist er bis in den Bundesjugendvorstand aufgestiegen. Dann war es die IG Metall und zuletzt (selbstverständlich) die GdP.

1983 kandidierte er erstmals für den Hauptpersonalrat der Polizei als Sprecher für die Arbeiterinnen und Arbeiter. Zuvor war er schon lange Mitglied des

Örtlichen Personalrates. Die Kartei des Landesbezirks weist ihn als „Werber“ mit vielen Erfolgen aus. Rund 100 Eintritte sind auf das Engagement des fast 70-Jährigen zurückzuführen.

Als Dank für seine ehrenamtliche Tätigkeit erhielt er Urkunde, Ehrennadel und einen großen Präsentkorb.

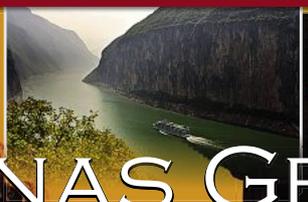
rr



Jörn Loewenstrom, Vorsitzender der Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein, Jubilar Karl Trunzer, Detlef Hardt, langjähriger Vorsitzender der Kreisgruppe Lübeck, Karl-Hermann Rehr, Landesgeschäftsführer der GdP (v. l. n. r.).



13-Tage-Erlebnisreise vom 22.08. bis 03.09.2013



Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab
€ 1.695,-



CHINAS GESICHTER

...ZU LAND UND ZU WASSER ERLEBEN

Auf dieser Reise erleben Sie die poetischen Landschaften Chinas während Ihrer komfortablen Kreuzfahrt auf dem Yangtze. Im Kontrast dazu stehen die großen Kulturschätze der ehemaligen Kaiserstädte Beijing und Xian und das moderne Shanghai. Lassen Sie sich vom heutigen China mit seiner untrennbaren Einheit aus Tradition und Moderne faszinieren.

Preise inklusive Flug ab / bis Frankfurt

pro Person im Doppelzimmer	1.695,- Euro
Aufpreis Einzelzimmer	315,- Euro
Ausflugspaket „CHINA“	150,- Euro

Mindestteilnehmer: 16 Personen

Reiseverlauf*: 22.08. Anreise / 23.08. Beijing: erste Erkundungen / 24.08. Beijing: Kaiserpalast und Himmelstempel / 25.08. Beijing: die Große Mauer / 26.08. Beijing – Xian / 27.08. Xian: die tönernen Armeen / 28.08. Xian – Chongqing / 29.-30.08. auf dem Yangtze / 31.08. Yichang – Wuhan / 01.09. Wuhan – Shanghai / 02.09. Shanghai: Altstadt und Yu Garden / 03.09. Rückflug

Leistungen, die überzeugen:

- Flüge ab Frankfurt mit Air China in der Economy-Class bis Beijing/ab Shanghai
- Inlandsflüge in der Economy-Class
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- Ausreisesteuern
- Rundreise/Ausflüge in komfortablen, landestypischen Reisebussen internationalen Standards mit Klimaanlage
- 3 Schiffsübernachtungen auf einem Flusskreuzfahrtschiff in 2-Bett-Außenkabinen (Dusche/WC)
- 8 Hotelübernachtungen (Bad oder Dusche/WC)
- 10x Frühstück, 2x Mittagessen, 3x Abendessen
- PSW-Reisebegleitung

Ihr Gebeco Mehr-Wert:

- Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Interessante Stadtrundfahrten in Beijing und Chongqing
- Besichtigung des Drei-Schluchten-Staudamms
- Rasanter Transrapid-Flughafentransfer in Shanghai
- Eintrittsgelder
- Gebeco-Reiseinformationen / Reiseliteratur

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 / 17093
Telefax 0431 / 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 / 5021736
Telefax 0451 / 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Fotos: Gebeco / *Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG, Kiel

Unterbringung in Doppelzimmer p. P. ab
€ 2.110,-

RUNDREISE SÜDINDIEN

PSW-Termin 11.11. bis 22.11.2013 / 11-tägige Rundreise ab / bis Hamburg mit Möglichkeit einer Badeverlängerung

Der idyllische Süden Indiens lockt mit dichtem Dschungel, dünnen Ebenen und kilometerlangen Sandstränden, an denen Besucher von der Sonne verwöhnt werden. Südindien gilt auch als

Leistungen die überzeugen:

- Emirates Linienflüge von Hamburg über Dubai nach Chennai und zurück von Cochin in der Economy Class
- Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- Ausreisesteuer Indien
- aktueller Kerosinzuschlag (Stand 07/2012)
- Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- 10 Hotelübernachtungen in Zimmern mit Bad oder Dusche/WC
- 10 x Frühstück, 10 x Abendessen
- PSW-Reisebegleitung

Ihr Gebeco Mehr-Wert:

- Exklusive Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- Zug-zum-Flug (2. Klasse)
- Interessante Stadtrundfahrt in Chennai & Cochin
- Heilige Stadt Kanchipuram
- „Französische Stadt“ Pondicherry
- Imposante Tempelstädte Chidambaram, Kumbakonam & Darasuram
- Faszinierender Brihadeswara Tempel in Tanjore
- Eindrucksvoller Tempelkomplex Srirangam in Trichy
- Unvergessliche Abendzeremonie im Sri-Meenakshi Tempel
- Erlebnisreicher Elefantenritt in den Cardamom-Bergen
- Vorführung des Kathakali-Maskentanzes in Cochin
- Eintrittsgelder
- Reiseliteratur
- Gebeco-Reiseinformationen

Preis pro Person:	
im Doppelzimmer	2.110,- Euro
+ Einzelzimmerzuschlag	520,- Euro
+ Badeverlängerung*	540,- Euro

* inkl. Badeverlängerung bis 26.11.2013 (fakultativ) pro Person im Doppelzimmer

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Hinweis: Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 16 Personen / Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Hinweise der Gebeco. Diese finden Sie auch unter www.Gebeco.de.



Und was sonst noch so war ...

8. Januar

Durch eine Pressemitteilung werden wir auf folgendes Experiment aufmerksam gemacht: Das Land Brandenburg untersucht das Trinkverhalten von Schülern. In dem Projekt „Lieber schlau als blau“ haben in den letzten vier Jahren rund 900 Schüler mit Genehmigung der Eltern unter Aufsicht von Lehrern maximal drei Gläser Bier getrunken. Dann testeten sie am eigenen Körper, wie sich motorische, geistige und emotionale Wahrnehmungen verändern. Die Evaluation ergab, dass Projekt-Teilnehmer später deutlich weniger trinken als Jugendliche in einer Kontrollgruppe. Projektleiter Johannes Lindenmeyer von der Salus-Klinik in Lindow sagte, Alkoholexzesse von Jugendlichen stellten in der Regel kein Suchtproblem dar, sondern seien meist vorübergehende Begleitphänomene eines normalen Entwicklungsprozesses. Das Präventionsprojekt gegen Koma-Saufen wird vom Landesgesundheitsministerium mit jährlich 45 000 Euro gefördert.

9. Januar

GdP prangert zu hohe Belastung der Polizei an. Hessens Polizistinnen und Polizisten arbeiten hart an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit. Darauf macht der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller aufmerksam. Er beklagt eine steigende Zahl an psychisch und psychosomatischen Krankheitsausfällen als Folge. „Diese Zustände sind auf Dauer nicht mehr hinnehmbar“, warnte Bruchmüller. „Allein die immer weiter wachsenden Überstundenberge in Verbindung mit der unsäglichen 42-Stunden-Woche sind Beleg für den Personalmangel.“ Bei einer 42-Stunden-Woche hätten die Kolleginnen und Kollegen zu wenige Erholungsphasen. Noch dazu würden sie „lächerlich entlohnt“, kritisierte Bruchmüller. „Für einen Nachtdienst in Hessen erhält ein Kollege nicht einmal halb so viel wie der gleiche Kollege in Bayern“, berichtet er. Der Gewerkschafter fordert zudem höhere Erschwerniszulagen für Dienste zu ungünstigen Zeiten. Diese seien seit 2004 unverändert. Die GdP erwarte von der Landesregierung eine angemessene Wertschätzung der Polizeiarbeit. Die beabsichtigten Stellenhebungen in den Besoldungsgruppen A 9 und A 10 lösten das Problem nicht. Vielmehr seien Beförderungen oberhalb von A 11 dringend geboten.

17. Januar

Gerd Seier, Husum, macht in einer E-Mail seiner Verärgerung über die abermalige Schlechterbehandlung von Beamten gegenüber GKV-Mitgliedern Luft. „Soweit ich mich erinnere, wurde der Selbstbehalt zur Beihilfe eingeführt, weil die Pflichtversicherten eine Praxisgebühr zu zahlen hatten. Bei mir kommen immerhin 240 € jährlich zusammen. Die Praxisgebühr ist seit dem 1. Januar weg und damit auch die Begründung für den Selbstbehalt.“ Gerd Seier hat recht: Sein Erinnerungsvermögen hat ich nicht verlassen! Schon am 30. November 2012 haben wir die Finanzministerin aufgefordert, ein Äquivalent für die Beihilfe- und Heilfürsorgeberechtigten zu schaffen. Ein Termin ist bisher nur in Aussicht gestellt, aber nicht zustande gekommen. Wir bleiben dran!

18. Januar

Sitzung der GdP-Rechtsschutzkommission. 17 Rechtsangelegenheiten liegen zur Beratung vor. Dabei sind heute überwiegend Schmerzensgeldangelegenheiten Beratungsgegenstand. Allein sechs der 17 Fälle gehen um Schadenersatz. Bei diesen Fällen wird uns (Horst Winter, Bodo Nagel, Ludger Mers, Andreas Kropius und mir) immer wieder deutlich, dass körperliche Attacken auf Polizeibeamte zum Alltag gehören. Tendenz: Zunehmend. Eigentlich ist dies der Skandal.

21. Januar

Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes. Auf der vielfältigen Tagesordnung auch dieser Punkt: Bereits 2012 hatten wir Polizeifachhandbücher für GdP-Mitglieder bei Aufsteigern, die zum 1. Februar ihre Ausbildung in Altenholz an der FHVD begonnen haben, ausgegeben. Der Geschäftsführende Landesvorstand beschließt, auf Anregung der Regionalgruppen Lübeck-Ostholstein und AFB so zu verfahren. Wer noch keins bekommen oder es vorfinanziert hat, wende sich an Nicole.Jelinsky@gdp.de

22. Januar

Beamtenausschuss beim DGB in Hamburg. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg treffen sich. Das erste Thema ist die Forderung in den Ländern zur Besoldungsrunde 2013. Das Ergebnis ist so eindeutig wie unmissverständlich: Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses. Die Zulagen für Jus-

tiz, Feuerwehr und Polizei sollen um 25 € pro Monat angehoben werden, ebenso auf 5 € die Erschwerniszulage.

23. Januar

18.30 Uhr – Maritim Hotel – Landtagspräsident Schlie lädt zum „Helferempfang“ ein: Abgesandte von Marine, Heer und Luftwaffe, THW, Bundesfreiwilligendienst, Bundes- und Landespolizei sind auf die Kieler Bellevuehöhe gekommen. Auch Oliver Malchow und ich sind eingeladen, ebenso eine Reihe von Landtagsabgeordneten. Die Tische sind bunt besetzt, so dass sich interessante Dialoge und Unterhaltungen ergeben.

24. Januar

Über unsere Vertragsanwältin Uta Scheel beantragen wir beim Finanzverwaltungsamt die Zahlung der Ausgleichszulage („Abfindung“) für unseren Kollegen Reinhard Lazinka. Er hatte am 6. November 2012 seinen 60. Geburtstag, musste um einen Monat verlängern und schied zum 31. Dezember 2012 aus. Dies war auch der Tag, an dem die Zahlung der Ausgleichszulage endete. Das Finanzverwaltungsamt wollte dennoch nicht zahlen. „Dies hat zur Folge, dass Polizeibeamte keinen Anspruch mehr auf den Ausgleich bei besonderer Altersgrenze haben, da das Gesetz zum selben Zeitpunkt außer Kraft gesetzt wurde wie der Ruhestand eintrat.“ Nach GdP-Recherchen handelt es sich um acht Beamte, die wegen der Lebensarbeitszeitverlängerung betroffen sind. Ein Rechtsgutachten hält es für möglich, dass die Verwaltung sich an diesem Punkt geirrt habe. Ein weiterer Punkt ist ebenfalls nicht geklärt: Wie verhält es sich mit den Beamten, die in Altersteilzeit sind, mit der Zulage kalkuliert hatten und nun wegen der geänderten Rechtslage ebenfalls keine „Abfindung“ mehr erhalten?

1. Februar

14.00 Uhr – Besuch auf der GdP-Geschäftsstelle. Hartmut Brenneisen – jetzt Professor – bespricht mit Uwe Weßler und mir das neue Verfahren bei der Aufstiegsausbildung. Dies wird künftig (nur noch) dreisemestrig sein. Damit soll Doppelausbildung der Lehrinhalte der Laufbahnschnitte 1 und 2 (früher vom mittleren in den gehobenen Dienst) vermieden werden. Aber die Aufstiegswilligen müssen nachweisen, dass sie in den wegfallenden Lehrfächern noch fit sind. Es wird also ein Test- und Prüfungsverfahren eingeführt. „Das ist interdisziplinär“, so der Chef des Fachbereichs Polizei an der FHVD.

